Krakauer Zeitung.

Nr. 71. Dinstag den 27. März 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. **Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.**

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: **Haasenstein & Vogler** in **Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg** und **Wien.**

Amtlicher Theil.

Nr. 6768.

Zu Gunsten der durch Feuer verunglückten Einwohner des Städtchens Radomyśl sind ferner und zwar in der Zeit vom 1. December 1865 bis letzten Februar 1866 an milden Sammlungsbeiträgen eingegangen und laut Bericht des Zassower Bezirksamtes vom 1. März l. J. Z. 47/A. B. auch bereits ihrer Bestimmung zugeführt worden:

		fl.	kr.
Vom k. k. Bezirksamte	Dębica	1	40
„ „ „	Ropczyce	—	60
„ „ „	Kolbuszow	1	80
„ „ „	Kęty	25	—
„ „ „	Dobczyce	1	25
„ „ „	Skole	1	—
„ „ „	Gródek	1	79
Vom Tarnower bischöfl. Consistorium		127	—
Vom k. k. Bezirksamte	Jasło	1	60
„ „ „	Sokołow	5	—
„ „ „	Ropczyce	15	—
	Zusammen	181	44

in österr. Währ.

Was mit dem Ausdruck des Dankes für die mildthätigen Spender zur allgemeinen Kenntniß hiemit gebracht wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.
Krakau am 22. März 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den pensionirten Verkehrsdirector der ausschl. priv. Südbahngesellschaft Carl Ludwig Meißner als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant des 6. Uhlanenregiments Robert Graf Barbo-Warenstein und dem Oberlieutenant des 6. Kürassierregiments Paul Grafen v. Galen die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. März d. J. dem Hauptcassier der Berg-, Salinen-, Forst- und Güterdirection in M. Szigeth, Franz Nagel, bei dessen Versetzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen musterhaften Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. März d. J. dem Kreisgerichtspräsidenten in Böhmisch-Leipa Ferdinand Mühlstein aus Anlaß seiner angesuchten Versetzung in den wohlverdienten Ruhestand die Allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung allergnädigst auszusprechen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. März d. J. dem in London etablirten und daselbst als Professor der königlich großbritannischen Akademie der Musik angestellten österreichischen Unterthan Compositeur und Pianisten Ernst Pauer den Titel eines k. k. Kammervirtuosen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. März d. J. die beabsichtigte Bildung eines landwirthschaftlichen Vereines für die Insel Curzola auf Grund des von den Gründern vorgelegten, nach den gegebenen Andeutungen vervollständigten Statutenentwurfes allergnädigst zu genehmigen geruht.

Das Finanzministerium hat eine bei den ihm unterstehenden Staatshauptcassen erledigte Liquidatorsstelle dem Cassier dieser Cassen Anton Warmuth und die daselbst erledigten Cassiersstellen dem Einnehmer der Finanzbezirkscasse in Triest, Ernst Hóems, dem Einnehmer der Finanzbezirks- und Sammlungscasse in Pest, Friedrich Kautsky und den Adjuncten der Staatshauptcassen Ferdinand Augerer und Carl Schiller verliehen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 27. März.

Die heute vorliegenden Nachrichten über die Stellung der deutschen Großmächte zu einander sind fast durchaus beruhigender Natur; nach denselben hat der Conflict noch nicht jene Schärfe, daß nur eine Lösung durch Waffengewalt möglich wäre, andererseits ist man von verschiedenen Seiten und nicht ohne Aussicht auf Erfolg bemüht, vermittelnd einzuwirken und schließlich dürften die Kundgebungen der Berliner Blätter, welche sich energisch gegen einen Krieg aus solchem Anlaß erklären, die preußische Regierung daran mahnen, daß es denn doch bedenklich wäre, die Sache auf die Spitze zu treiben. So erklärt die Berliner „National-Zeitung", daß sie den Krieg mit Oesterreich für ein Unglück halten würde. Eine Auseinandersetzung mit Oesterreich über die künftige Gestaltung Deutschlands wird wohl noch einmal erfolgen müssen und es möge fraglich sein, ob das auf anderem Wege geschehen werde, als mit Eisen und Blut. Aber man könne nicht glauben, daß jetzt die Zeit zu dieser definitiven Auseinandersetzung geeignet sei und daß um Schleswig-Hojstein ein Krieg geführt zu werden brauche. Oesterreich befindet sich der Natur der Sache nach der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gegenüber in der Defensive. Preußen müsse die Rolle des Angriffes übernehmen, sobald es ein Arrangement herbeiführen wolle, dem Oesterreich nicht zustimme. Das erschwere die Lage und die Gefahr den übrigen Mächten gegenüber. In einem geheimen Vertrage vom 16. Jänner 1864 sei angeblich festgesetzt, daß die Entscheidung über die künftige Gestaltung der Länder, namentlich über die Erbfolge nur im Einverständnisse der beiden Verbündeten erfolgen sollte. Das schließe jede einseitige Dispositon und den Gedanken einer preußischen Eroberung aus. Jetzt aus irgend welchem Anlaß einen Krieg beginnen, um den Alliirten hinauszuwerfen oder ihm eine Abmachung aufzuzwingen, welche bei der Eingehung des Bündnisses nicht vorausgesetzt worden sei, das würde diesen Krieg im In- und Auslande mit einem Gefühl des Unrechts belasten, welches nicht heilsam ist, das würde auf's Neue den Ruf der Zweideutigkeit und Unzuverlässigkeit gegen die preußische Politik hervorrufen. Es würde das um so mehr, wenn derselbe Minister, der das Bündniß geschlossen, der in seinen öffentlichen Acten wiederholt dieses Bündniß als den Grundpfeiler seiner deutschen Politik proclamirt hat, den Bruch provociren wollte. Der Kampf würde schließlich die Entscheidung in die Hände des Kaisers von Frankreich geben. Das preußische Volk müsse sich gegen den Krieg erklären und gegen die Annexion um einen solchen Preis. Der „A.Z." wird aus Berlin geschrieben: Es läßt sich schwer sagen, in welcher Stimmung das preußische Volk sich im Angesicht der drohenden Kriegsgefahr befindet; in der Hauptsache „kühl bis ans Herz hinan." Von Gemüthswallungen im Grunde keine Spur, bloß ein wenig Schaumspritzen in den Zeitungen, dagegen das volle Bewußtsein von dem Ernst unserer innern Lage. Darin haben sich noch andere als Graf Bismarck verrechnet, daß sie annahmen: die Masse des Volkes werde den constitutionellen Streit bald satt haben; es komme deßhalb lediglich darauf an, daß die Regierung als compacte Einheit, Adel und Armee hinter sich, Stellung nehme und ihren vorgezeichneten Weg verfolge.

Die „Morning Post" kommt von ihrem früheren Pessimismus zurück und gelangt in einem Artikel über die Lage der beiden Mächte zu dem Schlusse, daß ein österreichisch-preußischer Krieg nicht zu den Wahrscheinlichkeiten gehöre.

Das „N. Fremdenblatt" will ein Telegramm aus Berlin vom 25. d. erhalten haben, worin es heißt, Preußen habe mit dem Königreiche Italien eine Convention abgeschlossen, welche sehr umfassend sein soll und worin für alle möglichen Eventualitäten vorgesorgt ist. General Gavone soll damit demnächst nach Florenz abreisen, in Kurzem aber als Militärbevollmächtigter zurückkehren. Die Nachricht von dessen vorgestrigem Empfange durch den König und der Conferenz mit Bismarck und Roon ist authentisch. Und der „Weser-Zeitung" schreibt man aus Berlin, daß, als der Kriegsminister am 21. d. von dem Vortrage bei dem König zurückkehrte, unverzüglich die Ordres erlassen wurden, welche die zur Vorbereitung der Mobilisation der Armee nöthigen Ausrüstungen im umfassendsten Maßstabe anordnen.

Die „France" hebt hervor, daß man in Berlin der Anwesenheit des General Govone einen gewissen Zusammenhang mit der Haltung Preußens gegen Oesterreich zu geben bemüht sei. Es lasse sich jedoch nur schwer annehmen, daß dieser General in einer diplomatischen Mission in Berlin sei und die in dieser Richtung verbreiteten Gerüchte dürften wohl nur eine Art von Einschüchterung in der Richtung gegen Wien sein.

Die Berliner „Mont.-Ztg." schreibt: Die friedlichen Gerüchte, welche den kriegerischen in den letzten Tagen Platz machten, finden in diplomatischen Kreisen nicht sonderlichen Anklang, dort sieht man nach wie vor die Situation sehr ernst an, gibt aber zu, daß die diplomatischen Mittel und Wege erst alle versucht und das Aeußerste aufgeboten werden würde, um den Krieg zu vermeiden. — Das Gerücht, sagt die „W.-Z.", von einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers von Oesterreich an den König ist selbstverständlich eine Erfindung. — Der zum Geburtstag des Königs aus Düsseldorf hieher gekommene Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, dem das Gerücht die Vermittlung einer friedlichen Verständigung des preußischen Cabinetes mit dem österreichischen überträgt, wird die Osterfeiertage in Düsseldorf verleben, und dann zu seiner in der Schweiz lebenden Familie reisen, wo er bis nach dem Pfingstfeste zu weilen gedenkt. — Es ist durchaus ungegründet, daß die schlesischen Festungen seit neuester Zeit stärker armirt werden. Allerdings findet ein umfangreicher Geschütz-Transport dorthin Statt. Doch ist dies nur eine Folge des Tausches der alten gegen neue Geschütze, welcher nach einem längst festgesetzten Turnus erfolgt.

Ueber die Stellung der Westmächte zu den obschwebenden Differenzen zwischen den deutschen Großmächten will die Berliner „Mont.-Ztg." aus einer durchaus zuverlässigen Quelle erfahren haben, daß Lord Clarendon allerdings in Paris zu einem gemeinsamen intervenirenden Schritte aufgefordert habe und zwar auf Grund der neuesten Verordnung für Schleswig und unter Hinweis, daß das Herzogthum nicht zum deutschen Bunde gehöre. Doch habe das Cabinet der Tuilerien darauf erwidert, daß es seine neutrale Stellung so lange bewahren werde, als das Gleichgewicht Europa's nicht bedroht sei und deshalb jeden Anschluß an eine Intervention abgelehnt.

Die „Zeidl. Corr." berichtet, daß die Westmächte nicht beabsichtigen, sich in die Streitfrage einzumischen. Sämmtliche fremde Mächte befinden sich immer noch auf dem Standpuncte, den sie am Schluß der Londoner Conferenzen einnahmen. Damals übten sie eine gewisse Resignation, indem sie die Entwicklung des Schicksals der Herzogthümer der Action Preußens und Oesterreichs anheimgaben. Seitdem ist ihre Entfremdung wider die holsteinische Frage eher gestiegen, als daß sie sich vermindert hätte. Wir dürfen sogar berichten, daß es den auswärtigen Regierungen erwünscht sein würde, wenn der Ausschlag in der schleswig-holsteinischen Sache endlich in die Hände einer einzelnen deutschen Macht geriethe, weil die Angelegenheit selber für jene Regierungen dann klarer würde.

Die „Indep." läßt sich aus London schreiben, daß die dortige Regierung aus Berlin und Wien Mittheilung erhalten hat, welche baldigst eine befriedigende Lösung der Herzogthümerfrage hoffen lasse. Der König von Preußen sehe ein, daß ein Krieg mit Oesterreich nicht Deutschland und auch nicht den den Herzogthümern zu Gute kommen würde. Diese Rückkehr zu friedlichen Absichten der beiden Mächte sei jedoch mehr hohen Einflüssen, als der diplomatischen Action zu verdanken. Der englische Hof habe in Berlin und Wien wirken lassen und seinem Einflusse ist es gelungen, wie schon bemerkt, nachzuweisen, daß dieser Bruderkrieg nur dem Auslande Nutzen bringen würde. Italien würde sich, ohne die Zustimmung Frankreichs, das sich in keine Abenteuer stürzen wolle, mit Preußen nicht verbünden. — Aus Paris wird dem Brüsseler Blatt die Meldung gemacht, man spreche dort von einer Unterredung, welche Fürst Metternich am 21. d. mit einer sehr hohen Person gehabt hat und deren Ergebniß eine neue Versicherung von Frankreichs Neutralität in dem österreichisch-preußischen Conflict und die sehr positive Ermuthigung für das Wiener Cabinet an der Gasteiner Convention unerschütterlich festzuhalten und in der ebenso festen als gemäßigten politischen Richtung zu verharren gewesen sein soll.

Aus Kopenhagen wird nicht sehr glaubhaft geschrieben: Der hiesige königlich preußische Gesandte Freiherr v. Heydebrand hat unlängst dem König Christian IX. im Namen seines Cabinets das Anerbieten gemacht, Dänemark die Rückgabe eines (nicht unbeträchtlichen) Theils von Nordschleswig zuzusichern, falls es sich zur Neutralität in dem zwischen Oesterreich und Preußen drohenden Kriege verpflichten wolle. Der König war, wie man versichert, geneigt auf diese Propositionen einzugehen, wurde aber von seinen Ministern daran gehindert. Von diesen stellte namentlich Graf Friis-Friisenberg dem Könige vor, daß das Eingehen auf das Anerbieten Preußens schon jetzt eine Uebereilung sein würde, denn wenn Preußen schon unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Rückgabe eines Theils von Nordschleswig offerire, so werde es sich bei näher gerückter Kriegsgefahr wahrscheinlich dazu verstehen, die Neutralität Dänemarks mit der Rückgabe von ganz Nordschleswig zu erkaufen. Ueberhaupt biete der drohende Krieg zwischen Oesterreich und Preußen für Dänemark die Aussicht das ganze Herzogthum Schleswig wieder zu gewinnen (?). Dänemark müsse also seine Position bestens zu verwerthen suchen, dürfe sich aber vorläufig noch nicht binden. Diese Ansicht des Ministers leuchtete dem König ein und er lehnte vorläufig die weitere Erörterung des ihm von Herrn v. Heydebrand gemachten Anerbietens ab.

In Petersburg gibt man sich, wie der „H.-B.-H." von dort geschrieben wird, das Ansehen, an nichts weniger glauben zu wollen, als an den Ausbruch eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich, trotz des Waffengerassels an den russischen Westgränzen. Aber man vergißt, daß in Preußen ein Olmütz nicht gut möglich, seitdem Graf Bismarck und nicht Herr v. Manteuffel das Heft in Händen hält; daß es auch ferner keinen Grafen von Brandenburg gibt, dem Kaiser Nicolaus in Warschau den Text in in einer Weise lesen durfte, daß der arme Mann am Gallenfieber starb. An eine Einmischung in den rein deutschen Streit wird übrigens nicht gedacht, auch ist bisher nicht der geringste Versuch gemacht worden, mit Winken oder unzeitigen Rathschlägen sich aufzudrängen. Nicht einmal den superklugen Rathschlägen und Insinuationen wird es folgen, aus einem Demêlé Oesterreichs mit Preußen Vortheil an der Donau zu ziehen; es wird ganz einfach der Rauferei zwischen Deutschen neutral, nicht einmal Gewehr in Arm zusehen. Die russischen Finanzen leiden keinen Ueberfluß an kostspieligen Demonstrationen. Wo Rußlands Interessen nicht direct in's Spiel komme, da ist Fürst Gortschakoff nicht zu finden.

Als Curiosum haben wir einen neuen Compensationsvorschlag zu registriren. Die „Berl. Börs.-Ztg." schreibt: Allgemein ist heute von Abfindungen die Rede, über die mit Oesterreich verhandelt werde. Als eines Gerüchtes, das vielleicht nur den Werth einer Conjectur hat, wollen wir erwähnen, daß von einer namhaften Geldsumme erzählt wird, die Oesterreich angeboten sei, und außerdem von der Abtretung der hohenzollern'schen Fürstenthümer an Oesterreich. Bei Verbreitung dieses Gerüchtes wird der Krone Preußen die hohenzollern'sche Stammburg ausdrücklich vorbehalten.

Preußen, schreibt man der „Deb.", geht offenbar mit der Absicht um, Oesterreich gegenüber eine Position zu nehmen, wie dieses zu Olmütz Preußen gegenüber innegehabt, d. h. mit den Forderungen, die in der That die Form eines Ultimatums erhalten sollen, deren Inhalt jedoch bis jetzt Niemand bekannt ist, erst dann herauszurücken, bis es die vollständig gerüstete Armee hinter sich hat, deshalb bedarf es zur Absendung der Eröffnungen 7 Wochen, die seit der letzten österreichischen Erklärung verflossen sind. Freilich dürfte man die Rechnung ohne Wirth machen.

Einer Wiener Correspondenz der „Frankf. Postztg." entnehmen wir Folgendes: „Eine Antwort auf das nach Paris, London und Petersburg abgegangene österreichische Rundschreiben (in welchem das Wiener Cabinet die Verantwortlichkeit für einen etwaigen Krieg ablehnt) existirt nicht; was hätten die betreffenden Cabinette auf eine Kundgebung antworten können, die einfach eine Darlegung des österreichischen Standpunctes ist? Was endlich von einer Kundgebung in Frankfurt verlautet, welche die Intervention des Bundes anriefe, so mag es sein, daß die Angelegenheit in Frankfurt in irgend einer Weise zur Sprache kommt; aber Oesterreich ist schwerlich in der Lage, in diesem Sinne dort einen Schritt weiter zu thun, und wird zu einem etwa anderer Seite einzubringenden Antrag erst dann Stellung nehmen, wenn es diesen Antrag kennt."

Aus München wird geschrieben, daß die Kriegsbefürchtungen, welche in den letzten Tagen auch in den dortigen höheren Kreisen vielen Anklang gefunden hätten, sich ziemlich gelegt hätten. Preußen scheine von Cabinet zu Cabinet die Bundesreform anregen zu wollen, um dann allein oder vielleicht auch gleichzeitig mit anderen einen entsprechenden Antrag beim Bundestag einzureichen. Der König von Preußen hätte in diesem Betreff, wie glaubwürdig behauptet wird, ein eigenhändiges Schreiben an den König von Baiern gerichtet. Daß Baiern im Fall eines Krieges keinen Augenblick an ein neutrales Verhalten dachte, sei gewiß.

Baden, heißt es, wird demnächst mit einem Antrage hervortreten, welcher, wenn auch sicher im Hinblick, so doch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf den Conflict der beiden deutschen Großmächte, lediglich aus der rechtlichen Natur der Verhältnisse seine Begründung schöpfend, die Action des Bundes in der schleswig-holsteinischen Frage wieder in Fluß zu bringen bestimmt ist und derart gefaßt sein dürfte, daß Preußen keinen Grund haben kann, ihn als formell unberechtigt abzuweisen, Oesterreich aber allen Anlaß hat, ihn seinem materiellen Inhalt nach zu unterstützen. Freiherr v. Edelsheim ist vor einigen Tagen

persönlich in Frankfurt gewesen, um im Sinne seines Antrages zu wirken.

Bei der Donaufürstenthümer-Conferenz sind, wie verlautet, bis jetzt mehrere Vorschläge gemacht worden, unter denen der auf Aufrechthaltung der Union der wichtigste ist. Die anderen Vorschläge beziehen sich auf die Fragen, ob die gesetzgebende Versammlung in Bukarest competent für die Wahl des Hospodaren sei, oder ob zwei Versammlungen, deren eine in Jassy zu tagen hätte, berufen werden sollen; ferner handelt es sich darum, ob für die Wahl des Hospodaren eigene Commissäre oder die in Bukarest residirenden Consuln bestellt werden sollen. Die Parteigruppirung ist noch keine festgestellte, da sich Preußen und Italien noch gar nicht ausgesprochen haben. Rußland besteht fest auf der Aufrechthaltung der Verträge, wonach die Vereinigung der Fürstenthümer nur für die Einsetzung des Fürsten Cusa ad personam gegolten habe, eine Auffassung, der auch die Pforte zuneigt.

Der Abgeordnete Cantu, schreibt man aus Florenz, 20. d., ist von seinem etwas mysteriösen Ausfluge nach Rom zurückgekehrt, und zwar, wie es scheint, nicht ganz unbefriedigt. Bei den Würdenträgern der römischen Regierung, auch bei dem Cardinal Antonelli selbst, fand er wenig Geneigtheit zu irgend welchen Concessionen; dagegen äußert er sich weit befriedigender über die „persönliche Stimmung" des Papstes. Viele italienische Katholiken glauben längst schon, daß Pius IX. mit dem Projecte, welches Rom zu einer Freistadt und den Papst gewissermaßen zum Ehren-Souverän derselben machen würde, sich in letzter Linie „persönlich" einverstanden erklären könnte.

In etwa vierzehn Tagen, schreibt man aus Paris, beginnt der Abzug der zweiten Abtheilung der französischen Truppen aus den päpstlichen Staaten. Dieses Mal wird die Provinz Viterbo geräumt. Es sollen dann bis zum nächsten September noch 5000 Mann im Kirchenstaate bleiben, die allein in Rom und Civita-Vecchia garnisoniren würden.

Die Sanitätsconferenz in Constantinopel hat in ihrer 7. Sitzung das Programm genehmigt, welches der Secretär Dr. Naranzi für den Gang ihrer Verhandlungen entworfen hatte. Es theilt die zu erörternden Fragen in vier Kategorien: Natur und Ursprung der Cholera, ihre Uebertragbarkeit, Vorbeugungsmaßregeln dagegen, Form der Conferenzbeschlüsse. Hierauf wurde ein aus drei diplomatischen und sämmtlichen ärztlichen Mitgliedern der Conferenz bestehendes Comité eingesetzt, um die zu den ersten zwei Kategorien gehörenden Fragen zu erwägen, und die Conferenz vertagte sich, bis der Comitébericht fertig sein wird. Der bereits kurz erwähnte, von den französischen Abgeordneten ausgegangene und von der Conferenz mit 17 gegen 8 Stimmen genehmigte Vorschlag zielt darauf ab, im Falle während des nächsten Sommers die Epidemie abermals in Hedschas ausbrechen sollte, allen Seeverkehr zwischen der arabischen Küste, von einem bestimmten Puncte südlich von Dscheddah angefangen und Aegypten abzuschneiden. Dies hätte auf den Bericht der gegenwärtig in Mekka befindlichen türkischen Sanitäts-Commission zu geschehen und es wäre, sobald dieselbe den Ausbruch der Cholera in jenen Gegenden meldet, die ganze Küsten-Linie bis Suez durch ein aus türkischen und alliirten Kriegsschiffen bestehendes Geschwader strenge zu blokiren. Die Rückkehr der Pilger müßte in nördlicher Richtung zu Lande geschehen und die betreffende Karawane hätte auch dann noch mehrere Tagereisen vor Suez Halt zu machen, bis ihr befriedigender Gesundheitszustand vollkommen constatirt ist. Sollten Schiffe die Blokade durchbrechen und die ägyptische Küste von irgendeinem der arabischen Häfen nördlich von Aden erreichen, so müßten sie in Tor oder einem näheren Puncte an der arabischen Küste eine fünfzehntägige Quarantaine aushalten. Den indischen und allen nach Süden sich begebenden Pilgern wäre ein besonderer Einschiffungspunct mehrere Tagereisen südlich von Dscheddah anzuweisen. Endlich sollte die Blokade erst fünfzehn Tage nach der Constatirung des letzten Cholerafalles in irgendeinem Hafen des Hedschas aufgehoben werden.

„Reuters Office" meldet aus Hongkong vom 1. März: Der Norden ist ruhiger, der Hauptanführer der Rebellen erschossen.

Die Sucht Preußens, in Allem und Jedem, auch in den ganz abseits von der Politik liegenden Fragen eine Sonderstellung einzunehmen, geht recht deutlich wieder aus der letzten Frankfurter Bundestags-Verhandlung über die Pharmakopäa und das einheitliche Medicinalgewicht hervor, in welcher, wie der „Deb." von dort gemeldet wird, Preußen, wie auf der Karlsruher Postconferenz-Verhandlung über den Anschluß Holsteins, einen einheitlichen Beschluß unmöglich machte und ein Minoritätsvotum abgab.

Aus Florenz, 21. März schreibt man der „G.-C.": Wie ich von verläßlicher Seite vernehme, wird die Florentiner Regierung in nächster Zeit die der österreichischen entsprechenden Verfügungen treffen, damit der Handelsvertrag, welcher zwischen Oesterreich und dem Königreiche Sardinien im Jahre 1851 abgeschlossen wurde, mit allen daraus folgenden Handelserleichterungen auf die das neue Königreich Italien bildenden Theile der Halbinsel ausgedehnt werde. Die bisherige Verzögerung dieser Maßregel darf man durchaus nicht dem Geiste einer Feindseligkeit oder des Uebelwollens, sondern muß sie ausnahmsweisen Motiven, vielleicht auch einer sich auferlegten Reserve, um nicht gegen die Kammer zu verstoßen, zuschreiben. Mein Gewährsmann versichert mich, es sei der aufrichtige Wunsch vorhanden, die besten Beziehungen auf dem handels-politischen Felde zwischen beiden Staaten hergestellt zu sehen. Man will hier den von Oesterreich zuerst zur Geltung gebrachten Satz, der Handel dürfe nicht länger durch die Politik geschädigt werden gerne und in vollster Consequenz acceptiren und im Interesse beider Staaten und ihrer Angehörigen auch respectiren.

Landtagsangelegenheiten.

[53. und 54. Sitzung des galizischen Landtages am 19. März 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr Vorm.

Anwesend: 133 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung wird der Inhalt der neuerdings eingelaufenen Petitionen vorgelesen, deren letzte mit der Nr. 2283 bezeichnet ist.

Secretär Dr. Sawczyński verliest eine Interpellation des Abg. v. Kozłowski des Inhalts, warum die Nothstandscommission den Landwirthen, welche dem Bauernstande nicht angehören, Darlehen und Unterstützungen versagt, ungeachtet in das Nothstandsgesetz vom 6. Jänner d. J. die ganze vom Nothstande heimgesuchte Bevölkerung aufgenommen worden ist.

Abg. v. Boczkowski, Landesausschußbeisitzer, erwidert, der Landesausschuß habe beschlossen, in der nächsten Sitzung den Bericht über die ganze Thätigkeit in der Nothstandsfrage zu erstatten, und in diesem Berichte werde auch die Beantwortung der gestellten Interpellation enthalten sein.

Hierauf wird ein von Dr. Koczyński und 15 Abgeordneten eingebrachter Antrag vorgelesen, welcher dahin geht: der galizische Landtag hätte abwechselnd in Lemberg und in Krakau zu tagen, mit Rücksicht auf die Alterthümlichkeit und Wichtigkeit dieser zweiten Hauptstadt des Landes.

Der Antragsteller schlägt vor, diesen Antrag wegen der Dringlichkeit nicht früher drucken zu lassen und der ersten Lesung zu unterziehen, sondern gleich an den Landesausschuß zu überweisen. — Wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Auf die Tagesordnung kommt sodann folgender Antrag der Budgetcommission:

„1) Der Vorspannsbeitrag hört in Hinkunft vom Verwaltungsjahre 1866 angefangen auf."

„2) Alle auf diesen Beitrag Bezug nehmenden bestehenden Vorschriften werden aufgehoben."

Gegen diesen Antrag spricht Abg. Ritter v. Gniewosz und hebt zuerst die Schwierigkeiten bezüglich der Form dieses Antrags hervor. Früher müsse die bestehende Vorschrift durch einen Landtagsbeschluß aufgehoben werden und erst dann könne die Budgetcommission diesen Beitrag aus ihrem in Antrag gebrachten Präliminare streichen. Er macht darauf aufmerksam, daß der nach dem Commissionsantrage gefaßte Beschluß nicht rückwirken und daher nicht vom Anfang des Jahres giltig sein kann, und beantragt daher, diesen Gegenstand an die Commission mit dem Auftrage zurück zu leiten, damit sie bei der Berichterstattung ihren Antrag gehörig begründe.

Der Herr Regierungscommissär erwidert, die Regierung zahle aus dem Staatsschatze einen bestimmten Betrag per Meile und Pferd, und da sich dieser Betrag als zu gering erwies, so ordnete sie in Gemäßheit der A. h. Entschließung vom September 1852 die Beitragsleistung aus dem Landesfonde an. Dem Landtag stehe das Recht zu diesen Beitrag aufzuheben, die Regierung werde aber diesen Beitrag auf den Staatsschatz nicht übernehmen, demzufolge die ganze Last auf die Gemeinden fallen würde.

Nach dieser Erklärung meldeten sich viele Abgeordnete zum Worte: für den Antrag Zakrzewski, v. Pietruski, v. Wężyk, v. Kozłowski, gegen den Antrag Koroluk, Zahorojko, v. Gniewosz, Ławrynowicz, Kowbasiuk.

Es wird der Schluß der Debatte verlangt und genehmigt, worauf zur Wahl der Generalredner geschritten wird. Als Generalredner für den Antrag wird v. Pietruski, gegen den Antrag Zahorojko gewählt.

Abg. v. Pietruski sucht in einer längeren Rede den Beweis zu führen, daß die für das Militär zu Staatszwecken beigestellte Vorspann auch vom Staate ganz gezahlt werden soll und daß die Belastung des Landesfondes mit einem Theile dieser Auslagen ungerecht sei.

Abg. Zahorojko sagt, daß den Bauern, welche die Vorspann leisten, ein Unrecht zugefügt werde, wenn die Regierung keinen Zuschuß bewilligen wollte; er sei daher gegen den Antrag.

Der Referent Zatwarnicki sucht die Ansichten der Gegner des Antrages und die Bedenken des Herrn Regierungscommissärs zu widerlegen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Gniewosz abgelehnt, jener der Commission dagegen angenommen und gleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Folgt die Fortsetzung der Berathung über das Gemeindegesetz.

Abg. Dr. v. Czajkowski besteigt als Referent die Tribune, stellt den Entwurf der Commissionsmajorität im Wesentlichen dar und zeigt, was aus der Regierungsvorlage angenommen und was verworfen worden ist.

Abg. Pawlikow stellt den Antrag, daß der Entwurf des Gemeindegesetzes in Hinblick auf die Wichtigkeit dieses Gesetzes auch in der ruthenischen Sprache zum Beschluß erhoben werde.

Graf Golejewski beantragt, über den Antrag des Abg. Pawlikow zur Tagesordnung zu übergeben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Grafen Golejewski mit Stimmenmehrheit angenommen.

In der gleich darauf folgenden Specialdebatte werden 49 Paragraphe nach dem Commissionsentwurfe angenommen. Die zu einigen Paragraphen gestellten Amendements werden durch Stimmenmehrheit abgelehnt. Der Antrag des Grafen Adam Potocki, nicht über einzelne Paragraphe, sondern über einzelne Theile des Gesetzentwurfes zn debattiren und abzustimmen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag des Dr. Zyblikiewicz, das Gesetz nach Abschnitten der Berathung zu unterziehen. Die von der Minorität gestellten Amendements bezogen sich auf die Gemeinderäthe ohne Wahl auf die Zusammensetzung der Gemeindebehörde, auf die Pflicht zur Annahme der Wahl, auf die Einberufung des Gemeinderathes, die Vollzähligkeit und die Beschlüsse desselben. Hiebei hat die Minorität zum Theile Aenderungen im Sinne der Regierungsvorlage angestrebt.

Schluß der Sitzung um 2½ Uhr Nachmittag. — Nächste Sitzung an demselben Tage um 6 Uhr Abend. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über das Gemeindegesetz.

Die Abendsitzung eröffnete der Landmarschall um 6½ Uhr Nachmittags. Anwesend 130 Abgeordnete. Von Seite der Regierung: der Regierungscommissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung eröffnet der Landmarschall, es sei von Seiten des h. Staatsministeriums eine Anfrage gestellt worden wie in dem für die Stadt Krakau beschlossenen Gemeindestatut im §. 17 der Absatz lit. b zu interpretiren sei. Nach dieser Eröffnung wurde vom Hause der genannte Absatz des §. 17 des Krakauer Statuts dahin interpretirt, daß der Gemeinderath nur in dem Falle die Gemeindeangehörigkeit zuerkennen kann, wenn Jemand darum einschreitet und der Gemeinde das Recht zusteht, hierüber zu entscheiden.

Hierauf wurde zur weiteren Berathung der einzelnen Paragraphen des Gemeindegesetzes geschritt n. Vom § 50 angefangen wurden die nachfolgenden Paragraphe mit wenigen unwesentlichen Abänderungen nach dem Commissionsentwurfe angenommen und mit Annahme des §. 109 das ganze Gemeindegesetz genehmigt.

Die Sitzung wurde um 9¼ Uhr Abends geschlossen. Nächste Sitzung Dinstag um 10 Uhr Morgens. Tagesordnung: Berathung der Gemeindewahlordnung und des Gesetzes über die Gutsgebiete.

Vor mehreren Tagen fand in Linz eine Versammlung der oberösterreichischen Abgeordneten statt, welche eine Besprechung über die einer etwa entscheidenden Wendung in der ungarischen Angelegenheit gegenüber einzunehmende Haltung zum Zwecke hat. Als einstweiliges Resultat dieser Versammlung ergab sich, daß das Linzer Journal „Die Tagespost" zur energischen Vertretung der Autonomistenpartei bestimmt wurde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. März. Se. Majestät der Kaiser und die Kaiserin, so wie die sämmtlichen Herren Erzherzoge wohnten der gestern Vormittags 10 Uhr in der k. k. Hofburgpfarrkirche abgehaltenen Palmweihe bei. — Nach dem Gottesdienste empfing Se. Majestät den Kriegsminister Ritter v. Franck, den Hofkanzler v. Majlath und den Grafen Eßterhazy, Mittags die Herren Minister Grafen Belcredi und Mensdorff. — Nachmittags 4 Uhr fand bei Sr. Majestät ein Familiendiner statt, an welchem die sämmtlichen hier weilenden Mitglieder des a. h. Hofes theilnahmen.

Italienische Blätter veröffentlichen ein Namens-Verzeichniß von in Italien lebenden Venetianer Emigranten, denen angeblich die straffreie Rückkehr in ihr Vaterland trotz des letzten a. h. Gnaden-Actes nicht gestattet ist. Ein Correspondent des „N. Frmdbl." aus Venedig schreibt hierüber: Es wurde wohl einigen in Italien lebenden Mitgliedern der Venetianer Emigration die straffreie Rückkehr in ihre Heimath nicht zugestanden, jedoch keineswegs in Folge einer etwaigen politischen Rücksichten entspringenden Ausnahme, sondern einfach deswegen, weil dieselben sich außer der Emigration noch anderer Vergehen und Verbrechen schuldig gemacht haben, wegen welcher gegen sie bei den Gerichten das Strafverfahren eingeleitet wurde. Es ist also natürlich, daß diese Leute bei einer allenfallsigen Rückkehr nach Venetien erst gegen die wider sie erhobenen gerichtlichen Anklagen sich rechtfertigen müssen, ehe ihnen der ungehinderte Aufenthalt in Venetien gestattet ist. Da in dem betreffenden Amnestieacte die Klausel enthalten ist, daß den Venetianer Emigranten die straffreie Rückkehr nur dann bedingungslos gestattet ist, wenn dieselben sich keiner anderweitigen Vergehen schuldig gemacht haben und sich z. B. viele Venetianer nach Italien flüchteten, nachdem sie hier sogar gemeine Verbrechen begangen hatten, so ist es natürlich, daß die straffreie Rückkehrbewilligung keine unbedingte sein kann. Daß übrigens nicht besondere politisch Motive diese Ausnahmen bedingten, geht schon daraus hervor, daß selbst Leuten, welche eine große politische Rolle in Italien gespielt haben, wie z. B. einigen Mitgliedern des „Comitato Veneto", gegen welche aber bei den hiesigen Gerichten kein Proceß schwebt, die straffreie Rückkehr in ihre Heimath anstandslos bewilligt wurde.

Die Subventionsfrage des Operntheaters in Venedig, welche bekanntlich Anlaß zu den Differenzen zwischen der Regierung und dem Municipium und zur Demission des letzteren gab, ist nun praktisch dahin erledigt worden, daß der Theaterunternehmung eine Subvention von 7500 fl. bewilligt und ausbezahlt wurde, also bedeutend mehr, als jene Summe ausmachte, deren Zahlung dem Municipium zugemuthet wurde.

Einige krankheitshalber in Venedig weilende preußische Officiere haben Ordre erhalten, sobald es ihnen ihr Gesundheitszustand gestattet, allsogleich zu ihren Truppenkörpern einzurücken.

Deutschland.

Ein Holsteiner Correspondent der „Köln. Z." bemüht sich, darzuthun, wie glückbringend und segenreich die Annexion der Herzogthümer an Preußen für Deutschland, aber hauptsächlich für Preußen sein würde Er sagt unter anderem: Sobald nur erst eine, den realen Verhältnissen entsprechende und kleinliche Eifersüchteleien von vorn herein ausschließende Reform der Bundesverfassung, unter Anschluß der Elbherzogthümer an Preußen, ernstlich in's Auge gefaßt wird, eröffnen sich für die ruhige weitere Entwickelung Deutschlands in jeder Hinsicht die erfreulichsten Aussichten, die für mehrere Jahrzehende ausreichen dürften. Was später kommen mag, dafür mögen dann die späteren Generationen sorgen. Für jetzt handelt es sich darum, nur erst aus dem gegenwärtigen Wirrwarr und politischem Elend herauszukommen und einen Bürgerkrieg nicht blos augenblicklich zu vermeiden. Oesterreich und die Mittelstaten haben hieran reichlich ein eben so großes und lebhaftes Interesse, wie Preußen, welches nach Erledigung einer solchen deuschen Bundes-Reform auch für seine inneren Verfassungsdifferenzen bald und leicht Abhilfe finden wird. Das preußische Volk hat bisher ungleich stärkere Lasten an Steuern und Militärleistung zu tragen gehabt, als die übrigen norddeutschen Staaten, denen doch dieselben nicht minder zu Gute gekommen sind. Nach dem Anschlusse Schleswig-Holstein's und einer Reform der Bundeskriegsverfassung wird die preußische Regierung um so eher in der Lage sein, ohne die Wehrkraft Deutschlands zu gefährden, die Ansprüche an die Steuerkraft und die militärischen Leistungen des eigenen Landes beträchtlich zu ermäßigen und damit die Hauptursache des gegenwärtigen bedauerlichen Conflictes mit dem Abgeordnetenhause aus dem Wege zu räumen. Wo so Großes in Aussicht steht, wird die preußische Regierung es an beharrlicher Festigkeit in der schleswig-holsteinischen und deutschen Frage nicht fehlen lassen, aber dabei mit größter Umsicht und Mäßigung auch alles zu meiden haben, was über eine augenscheinliche Nothwendigkeit ihrer Anforderungen für die gemeinschaftlichen preußisch-deutschen Zwecke hinausgeht. Geschieht dies, so ist Nachgeben Sache Oesterreichs und der Mittelstaaten.

Nachrichten aus Flensburg zufolge äußerte der Gouverneur v. Manteuffel bei der Feier des Geburtsfestes Sr. Majestät des Königs von Preußen gegen den Civil-Adlatus Herrn v. Hoffmann, ein Handstreich gegen Holstein sei unmöglich, weil er noch Befehlshaber in Schleswig sei. Zugleich drückte der Herr Gouverneur die wärmsten Wünsche für einen Ausgleich der obwaltenden Meinungs-Differenzen aus.

Die Alsen-Düppeler Schanzen sind nach der Haderslebener „Nordsleswigske Tidende" jetzt vollständig armirt, und es wird von demselben Blatte mit größter Bestimmtheit versichert, daß in nächster Woche auf dem Sundewitt'schen oder festländischen Ufer des Alsener Sundes neue Fortificationsanlagen in Angriff genommen werden sollen. Die Augustenburger Hardesvogtei erläßt in „S. A." die Bekanntmachung, daß in den die Stadt Sonderburg umgebenden Schanzen nunmehr Pulvervorräthe deponirt seien und verbietet das Schießen und Rauchen in einem Rayon von 100 Schritt um jede der Schanzen.

Der nassauische Landtag wurde am 22. d. eröffnet. In seiner Antrittsrede sprach sich der Präsident der II. Kammer, Herr Raht, sehr anerkennend über die bestehende Regierung aus (— eine in Nassau seit vielen Jahren nicht dagewesene Erscheinung —), hob jedoch gleichzeitig die Nothwendigkeit hervor, durch Gesetze für die bürgerlichen Freiheiten zu sorgen, da die Personen und deren treue Pflicht-Erfüllung keine Garantie gegen die Wiederkehr von Mißbräuchen böten.

Ueber die Anrede des Königs Wilhelm an die Generale am Geburtstage schreibt man der „Weser-Zeitung": Das Gefühl der Kränkung, welches ihm die Politik Oesterreichs verursacht hat, sprach sich in derselben ziemlich unverholen aus; ebenso der Entschluß, auf der bisher befolgten Politik unbeirrt zu verharren; dagegen sind unmittelbar bevorstehende kriegerische Eventualitäten nicht angedeutet.

Ueber Einschreiten des französischen Botschafters verurtheilte das Berliner Criminalgericht den dortigen Buchhändler Grosse wegen Beleidigung des französischen Kaisers in einem von Grosse verlegten Roman, „Louis Napoleon oder Schicksalskampf und Kaiserkrone" betitelt, zu einmonatlichem Gefängniß. Grosse verweigerte den Namen des Verfassers des Romans zu nennen.

Der „Dziennik Poznański" hat 20 Thaler mit einem von Maria N. unterzeichneten Begleitschreiben aus Jablonowo in Westpreußen erhalten, welches die Summe zu Gunsten der vom Nothstand Betroffenen in Galizien einer ansehnlicheren Quote beigefügt zu wissen wünscht, welche im Großherzogthume Posen, das so viele Wohlhabende und so viel wohlthätige Herzen zählt, für jene Unglücklichen angesammelt sein mag. Die Redaction des Posener Blattes Blattes hat den Beitrag an die Nothstands-Commission des Lemberger Landtages mit dem Wunsche übersandt, daß dies schöne Beispiel viele Nachahmer finden möge, denn gegenseitige Unterstützung in schwerer Zeit sei Beweis der oft von ihm empfohlenen nationalen Solidarität, die am beredtesten von der politischen Reife jedes Volkes zeuge.

Frankreich.

Paris, 23. März. Wiewohl die Ansprache des

Staatschefs an die Legislation niedergeschrieben war, sind doch nach der Behauptung einiger Deputirten, in dem Text, welcher dem „Abend-Moniteur" zum Abdruck übergeben worden, mehre mildernde Aenderungen vorgenommen. Einer der am meisten imperialistischen Abgeordneten — es hatten der Deputation, in welcher Jules Favre und Marie fehlten, etwa 120 Mitglieder der Majorität sich angeschlossen, — als er von der Ceremonie im vertrauten Kreise Bericht erstattete, sagte, der Kaiser habe die Stelle: „Wir wollen .... nicht jene Freiheit, die zur Waffe wird, um (die Regierung) heimlich zu untergraben und zu stürzen" so stark betont, daß sie geglaubt, man wolle sie sämmtlich zur Thür hinauswerfen. Diese Aeußerung, deren Richtigkeit verbürgt werden kann, beweist die Erregung des Fürsten, welcher einigen der mitanwesenden Unterzeichner des 45-Amendements vielleicht ad aures die „Stärke der Regierung" zu beweisen gedachte. — Auffällig ist es u. A. befunden, daß Prinz Napoleon eigens zum Anhören solcher Aeußerungen nach den Tuilerien berufen wurde. Entsprechend dieser Auffassung trägt man sich mit Gerüchten von Ministerwechseln in einem mehr reactionären Sinne. — Em. Ollivier, der heute zum erstenmale officiell als Redacteur in der „Presse" auftritt, behält das Girardin'sche Programm: „Die Freiheit ohne Revolution", sowie dessen Losung: „Democratie, Frieden und Freiheit" vollständig bei: „Der Frieden im Innern bedingt den Frieden nach Außen: ohne Frieden gibt es keine friedliche Freiheit; höchstens kann man sich noch zum Kriege entschließen, wenn die Ehre oder die Sicherheit es erheischt, allein nichts vermag Kriege aus Eroberungssucht, Parade- und Diversionskriege zu entschuldigen." — Der Minister des Innern hat ein Rundschreiben über die nichtpolitischen Versammlungen erlassen, das bereits eine der praktischen Verbesserungen einleiten soll, in welchen künftig der politische Fortschritt Frankreichs allein seinen Ausdruck finden wird. Ob er wirklich etwas verbessert, ist eine Frage, welche die Zukunft entscheiden muß: den Präfecten bleibt nach wie vor discretionäre Gewalt, zu beurtheilen, ob eine Versammlung politischer Natur ist oder nicht. — Mirès hat jetzt, in Folge des ihm so günstigen Richterspruches, sein Bureau wieder geöffnet.

Es verlautet, daß der Chef der Fenier, Stephens, fortwährend in Paris verweile; die Abreise seiner Frau nach Amerika sei theils aus Vorsicht, theils aus Kriegslist geschehen, um die Spur der englischen Polizei von der Fährte abzulenken.

Schweiz.

Aus Vevay schreibt man, daß Carl Gutzkow, der sich bekanntlich seit Anfang dieses Jahres dort aufhält, an seinem Geburtstage, 17. März, von einem dortigen deutschen Gesangverein ein Ständchen gebracht wurde. Gutzkow dankte mit einigen Worten, die mit inniger Theilnahme aufgenommen wurden. Bei dem allgemeinen Interesse des deutschen Publicums für das Befinden Gutzkow's wollen wir bei dieser Gelegenheit noch erwähnen, daß seine geistige Kraft die alte geblieben ist, wenn sie auch noch durch krankhafte Körperzustände gelähmt wird. Er hat seinen schon früher begonnenen neuen Roman, der vier bis fünf Bände umfassen soll, wieder aufgenommen und in den zwei Monaten seines Aufenthalts in Vevay bereits einen ganzen neuen Band dazu geschrieben. Ebenso hat er die Correspondenz mit der Verlagshandlung F. A. Brockhaus wieder begonnen, und seine ausführlichen Mittheilungen an dieselbe beweisen ebenfalls seine vollständige Genesung.

Großbritannien.

Eine große See-Wettfahrt wird nächsten Monat zwischen Southampton und New-York stattfinden. Die Rivalen sind der „Hermann" vom norddeutschen Lloyd und die „Alemannia" von der hamburg-amerikanischen Dampfschifffahrtgesellschaft, beides neue Riesendampfer von außerordentlicher Stärke. Dieselben werden, um ihre Kraft zu erproben, zu gleicher Zeit von Southampton abgehen, und sieht man dem Ausgange mit großer Spannung entgegen. Hohe Wetten sind in London darüber geschlossen worden.

Italien.

Der Gesammtertrag des Consorzio Nationale zur Tilgung der italienischen Staatsschuld beläuft sich bis jetzt auf 6.691,884 Fr. Außerdem sind noch 11,300 Fr. Rente und 513 Monatsbesoldungen von Beamten, Militärs und Pensionären mitzurechnen. Von den 6.691,884 Fr. haben der König und die Mitglieder der königl. Familie 1.210,000 Fr., Privatleute 1.924,384 Fr. gezeichnet. Der Beitrag der einzelnen Municipalitäten beläuft sich auf 2.057,000 Fr., von denen auf Neapel allein 1.000,000 und auf Bari 500,000 Fr. kommen. Endlich hat ein einzelner Venetianer (?) 500,000 Fr. beigesteuert. Summa etwa 7 Millionen Franken und die Staatsschuld zählt nach Milliarden.

Die allgemeine Durchführung der Civilehe scheint noch auf manche Schwierigkeiten zu stoßen. Nicht überall fügt sich der Klerus so leicht in die Neuerung, wo die geistlichen Behörden so eben vorgeschrieben haben, daß keine kirchliche Trauung vor dem Abschluß der Civilehe stattfinden sollte.

In Neapel ist eine der vier großen Armstrong-Kanonen angekommen, welche die italienische Regierung in London gekauft hat. Man hat für diese riesigen Geschütze 321.150 L. gezahlt, hat aber noch keine Schiffe, welche sie tragen können.

Rußland.

Der kurländische Landtag ist nach achttägiger Session wieder geschlossen worden. Baron v. d. Recke-Paulsgnade ward wieder zum Landes-Bevollmächtigten erwählt.

Aus Petersburg wird der „Kölnischen Zeitung" unter dem 19. März berichtet: „Der Chef des Gebietes Turkestan, General Tschernjajew, ist neuerdings wieder mit 6 Bataillonen und der entsprechenden Artillerie zu einem Eroberungszuge nach Buchara aufgebrochen. Man weiß hier noch nichts Näheres darüber, und wie man sagt, ist der Generalstabsoberst Romanow abgesandt worden, um sich über die Lage der Dinge zu unterrichten. So viel man weiß, ist die Gefangensetzung zweier Abgesandter des Generals Tschernjajew durch die bucharischen Behörden die Ursache seines Rachezuges."

Nach einer Mittheilung des „Journ. d'Odessa" ist es in Odessa beabsichtigt einen Jockeiclub zu errichten, um die Reiterkunst zu verallgemeinern und dadurch die physischen Kräfte der Mitglieder zu entwickeln.

Der Gouverneur von Wiborg, Generallieutenant Indrenius wurde zum Senator in der landwirthschaftlichen Section des finnischen Senats und zum Vice-Kanzler der k. Alexandrower Universität in Finnland ernannt.

Griechenland.

Ein griechisches Blatt bringt neue Mittheilungen über die vulkanischen Erscheinungen in der Nähe von Santorin (griechische Insel im ägeischen Meere), die sie aus dem Munde der Officiere des österreichischen Kanonenbootes „Reka", namentlich des Capitäns Nolling und des Lieutenants Baron La Motte vernahm, die den neu entstandenen konischen Hügel, sowie das Vorgebirge Georg I. bestiegen und sich der Insel Aphroessa mittelst einer Barke genähert hatten. Bis jetzt scheint sich kein wirklicher Krater gebildet zu haben, und man kann annehmen, daß die vulkanischen Erscheinungen den verhältnißmäßig engen Kreis, auf den sie sich bisher beschränkt nicht überschreiten werden. Herr Baron La Motte hat vom Vorgebirge Georg I. Steine gesammelt, sowie Proben von Wasser aus dem neugebildeten See und dem kochenden Meere mitgenommen, welche der Pariser Akademie der Wissenschaften überschickt wurden. Auch von der Insel Aphroessa, und zwar ganz in der Nähe von Flammen, haben die Officiere der „Reka" Wasserproben und Steine gesammelt, die ebenfalls nach Paris gesendet wurden. (Wie verlautet, wurden auch der k. k. geologischen Reichsanstalt in Wien solche Proben und Steine geschickt.) Den bei diesem Anlasse gemachten Beobachtungen zufolge sind die Flammen, welche aus dem neuen Boden hervorbrechen, keineswegs Ergebnisse eines Verbrennungsprocesses, sondern elektro-chemische Erscheinungen. Der Berichterstatter bedauert sehr, daß seine weiteren Betrachtungen durch die Abfahrt des österreichischen Kriegsschiffes nach Rio beeinträchtigt wurden, wohin es sich vielleicht aus Besorgniß vor einem neuen Ausbruche begeben habe, obwohl die Steine bisher nicht über Neu Cameni hinausgegangen seien, das 400 Meter von dem Orte Scala entfernt liege, wo die „Reka" stationirt gewesen sei. Dies scheint wohl nicht der Grund gewesen zu sein.

In Wien ist ein Dank der französischen Naturforscher-Commission unter La Motte, welche wegen der merkwürdigen vulkanischen Eruptionen bei Santorino sich dorthin begeben hatte, eingelaufen für die große Hilfe und das muthvolle Vorgehen der österreichischen Corvette „Rjeka", die vom Pyräus nach Santorino geschickt worden war. Die Franzosen sind voll des Lobes des Capitäns dieses Schiffes, Noelting, und dem Schiffe zu Ehren erhielt eine der durch die vulkanischen Eruptionen entstandenen neuen Inseln den Namen „Rjeka". Uebrigens ist die Gefahr für die Insel Santorino noch nicht vorüber und wandern die Bewohner derselben fortwährend aus.

Amerika.

Die neueste Post aus Newyork bringt folgende Nachrichten über die fenische Bewegung: Auf einem in Brooklyn vor der Stadthalle abgehaltenen fenischen Massenmeeting forderten die Redner zu unverzüglichem Beistande zur Ausrüstung von Kaperschiffen auf. Mahony, die Löschmannschaft haranguirend, sagte, es stände bei den Feniern, eine reguläre irische Conföderation zu bilden. Keine Macht in England würde einem solchen gegen England gerichteten revolutionären Hebelwerk widerstehen können. Mahony behauptete, in England gäbe es 300.000 geschworene Fenier, und selbst im Mittelpuncte englischen Reichthums und englischer Macht seien Fenier bereit, der Revolution Einlaß zu schaffen. Auf einem Meeting zu Williamsburg verkündete Roberts, 30.000 Fenier würden binnen Kurzem über die canadische Gränze marschiren. Um dem Zuge Erfolg zu sichern, sei nichts mehr erforderlich als Geld. Auf einem Feniermeeting zu Washington stellte Senator M'Dougal der Feniersache Schwert und Roß zur Verfügung. Auch Senator Wright sprach sich für die Bewegung aus. — Die „Newyork World" veröffentlicht einen Feldzugsplan für die Eroberung Canada's durch Sweeny mit 30.000 Mann. Dasselbe Blatt behauptet ferner, die Fenier rüsteten in Chicago, Bufialo, Bay City und Cleveland zahlreiche Schiffe aus, um die Operation der Landtruppen zu unterstützen. Mit der Aufbringung der britischen Postdampfer würde der Anfang gemacht werden. Die „Newyork Times" ist überzeugt, daß die Regierung keine Verletzung der Neutralität dulden werde. — In Canada herrscht große Aufregung wegen der erwarteten fenischen Invasion; ausgedehnte kriegerische Anstalten werden im ganzen Lande getroffen. In einem am 7. März abgehaltenen Ministerrathe wurde beschlossen, 10.000 Freiwillige einzuberufen. Die ganze Miliz ist enrollirt und erwartet ihre unverzügliche Einberufung. Das Volk kommt dem Aufrufe der Regierung mit Begeisterung entgegen. Man erwartet eine fenische Demonstration gegen Canada am St. Patrickstage, und wahrscheinlich wird die Regierung vor diesem Tage die Habeas-Corpus-Acte suspendiren.

Unter den chinesischen Arbeitern auf den Guanoinseln ist eine Empörung ausgebrochen, so daß die peruanischen Truppen einschreiten mußten. Es verloren bei dieser Gelegenheit 36 Chinesen das Leben.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 27. März.

• Die Krakauer Kunst-Ausstellung, die wegen des Osterfestes am Chardonnerstag geschlossen und erst am Dinstag nach den Feiertagen wieder eröffnet wird, hat sich durch neue Zusendungen von hier, Wien und Düsseldorf bereits auf 103 Nummern ansehnlich vermehrt. Zusammen mit den vom Katalog ausgewiesenen Kunstgegenständen sind sie aus folgenden verschiedenen Orten eingelangt: von Krakau 1 Jaroszyński, 1 Grabowski, 4 Mirecki, 7 Eliasz jun. (davon 2 Aquarell-Skizzen im Erlös zum Besten des Hochaltar-Fonds der Marienkirche bestimmt), 3 Strzegocki, 1 Swierzyński, 3 Hruzik, 1 Streit, 1 Kotsis, 2 Cukrowicz (Malerin), 1 Jaskólski (Bildhauer), 1 Dilettant (Vase, Holzschnitzerei), 1 Michalczewski (aus Kaczorowo); von Lemberg 2 Derdacki, 3 Dzbański; von Wien 1 Löffler, 1 Feid (aus Weidling), 1 Fräulein Laris (Malerin); von Warschau 1 Kolasiński; von Prag 1 Dworzak; von Rom 1 Maliński; von München 3 Matzke (aus Krakau), 1 Brandt (aus Warschau), 1 Quaglio; von Rothenburg (Baiern), 1 Swensen; von Salzburg 1 Majburger; von Bern 1 Hodak (Malerin); von Danzig 1 Stryjowski; von Brüssel 3 Ronner (Malerin); von Paris 1 Szermentowski, 1 Dylczyński, 3 Miodușzewski; von Dresden 6 Krafft, 1 Wolfgang, 6 Hahn (Gustav), 1 Strauß; von Düsseldorf 1 Jernberg, 1 Nabert, 1 Bode, 2 Minjon, 1 Duntze, 1 Ebel, 1 Schmitz (H. J.), 1 van der Beck, 1 Schuback, 1 Schönfeld, 1 Lot, 1 Dahlen, 1 Frische, 1 Scheins, 1 Klein, 1 Genschow, 2 Fabarius, 1 Buttler, 2 Kieldrup, 1 Eckenbrecher, 1 Plattner, 1 Pulian, 1 Hahn (W.), 1 Brandenburg, 1 Lachenwitz; von Berlin 1 Gieterbeck, 1 Gratius, 1 Engelhardt, 1 Schauß, 1 Eschke, 1 Hoguet, 1 Amberg, 1 Bonnewitz. Unter diesen sind nahe an 40 Landschaften, zu denen neue, wie wir hören, von hier aus hinzukommen werden. Nach den Feiertagen dürfte eine weitere Bereicherung der Ausstellung auch einen regeren Besuch veranlassen. Die „Gaz. nar." und die übrigen Blätter, die unsere Notizen über die Exposition reproducirt, ersuchen wir gefälligst um Angabe der Quelle. Wir sind zu Gegendienst stets bereit gewesen und bereit.

• Die Nr. 4 der Krakauer illustrirten „Gazeta przemysłowa" enthält Aufsätze: über das Naphta-Gas; die Bretmühlen auf den Gütern des Fürsten Colloredo-Mansfeld, der Fabriken Breitfeld und Evans in Prag, Thopham in Wien und Schwarzkopf in Berlin; die Güte der Wiener Biere und die Ursache derselben; eine neue Methode der Oelbereitung von Heyl in Berlin; Nachrichten über die Wiener Industrie-Ausstellung von 1870; den Krakauer Seidenbau ꝛc.-Verein; Putsch's Mittel der Hütung des Bauholzes vor Feuer aus der „Ingenieur-Zeitung"; Dr. Jännemann's Methode der schnellen Trocknung der Oelfarben; Nobel's Sprengpulver; Verschiedenes: Wannen Jarecki's in Breslau; echter und Fasson-Rum; Schreibmaschine von Casotari in Modena; Steinöl in Galizien, das die Chemnitzer Gewerbezeitung nicht zu beziehen räth als Ursache der neulichen Breslauer Explosion und die „Gaz. przem." in Schutz nimmt vor leichtfertigem Urtheil oder selbstsüchtiger Speculation; Schwere der Werkzeuge; Straßenlocomobile; Verjüngung der Spargelbeete; Bijouteriefabriken in Pfortsheim; Mittel gegen Diebe; Eisner's Kitt; Prof. Kleczyński's wasserdichtes Leder. In der Rubrik der Fragen wünscht ein H. S. in S. nach englischem Brauch die Aneifrung zur Knochensammlung durch Vergütung der gesammelten Knochen mit Salz von Seiten der Händler.

• Vor dem hiesigen k. k. Landesgericht in Strafsachen werden in laufender Woche folgende Schlußverhandlungen stattfinden: Heute, Dinstag 27. d., in der Angelegenheit des Mich. Goti, Jos. Kawa, Franz Stefański wegen Diebstahls; des Stan. Żak, Math. Pieprzyca, Mich. Drożdziak wegen Vergehens gegen die Lebenssicherheit; des Carl Lubowiecki wegen Diebstahls; des Thomas Mentel, Adalb. Konieczny wegen Diebstahls, des Mich. Korat wegen Diebstahls; morgen, Mittwoch 28. d., des Jakob Soltysek wegen Diebstahls, der Leitscha Silberfeld wegen Betrugs, des Mathias Zając wegen Diebstahls; des Andreas Męczka wegen Diebstahls. Von übermorgen Donnerstag 29. d. bis Dinstag 3. April incl. werden wegen der Feiertage keine Schlußverhandlungen stattfinden.

• Die k. k. Statthalterei-Commission hat den Herrn Adalbert Chełmecki, Zimmermeister in Krakau, geprüften Baumeister und wirkliches Mitglied des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins in Wien, zum Stadtbaumeister in Wieliczka ernannt.

α Se. Hochwürden der Metropolit Dr. Spiridion Litwinowicz hat sich am 24. d. nach Żołkiew begeben, um die renovirte Basilianerkirche einzuweihen.

α Am 23. d. verschied in Lemberg der dortige griech.-kath. Hegumen des Basilianerklosters Tarentius Bubes im 63. Lebensjahre.

α Die Lemberger Budgetcommission hat ihre Thätigkeiten beendigt. Am 21. d. wurde dort über die Subvention für das Krakauer polnische Theater debattirt und beschlossen, keine Subvention zu gestatten und zwar deshalb, weil der Landesfond ohnehin sehr belastet ist, nach der „Gaz. nar." jedoch deswegen, um die Recriminationen der „klericalen Fraction" nicht hervorzurufen, daß dem polnischen Krakauer Theater eine Subvention ertheilt und der Antrag des Hrn. Ławrowski über Ertheilung einer Subvention für die ruthenische Bühne in Lemberg verworfen wird.

α Der bäuerliche Landtagsabgeordnete Nikolaus Demkow protestirt im „Słowo" gegen die von der „Gaz. nar." gebrachte (vom „Czas" wiederholte) irrige Nachricht, daß derselbe nach der geschlossenen Debatte über die Gemeindeordnung im Lemberger Landtage dem Abgeordneten Krzeczunowicz angeblich die Hand geküßt hat. N. Demkow hat nur als Abgeordneter seinem Collegen beim Herausgehen aus dem Saale gewohnterweise die Hand gereicht.

α Hr. Gątkowski, Director der Musterhauptschule in Lemberg beabsichtigt im nächsten Monat sein Werk: „Umriß der Geschichte der Herzogthümer Auschwitz und Zator mit einem Ausweis der ältesten Adelsfamilien in diesen Herzogthümern" herauszugeben.

α Am 22. d. wurde an der Lemberger Universität Herr Nikolaus Sieńgalewicz aus Śniatyn zum Doctor der Philosophie promovirt und für das Gymnasium in Kolomea bestimmt.

α Aus Jaroslau wird der „Gaz. nar." geschrieben, daß die dortigen Bürger in dankbarer Anerkennung der aufopfernden Thätigkeit des dortigen Vicars zur Zeit der Cholera im Jahre 1848 und der folgenden Jahre, gegenwärtig nach dem Absterben des Jaslauer Pfarrers Hochw. A. Żelazny, an den Przemysler Bischof, Hochw. Manasterski eine Bitte sandten, bei Erledigung der Pfarrerstelle in Jaroslau den einstigen Vikar in Jaroslau und Verweser der Pfründe in Medyka Hochw. Adalbert Michna (Mitarbeiter des „Dzwonek") zu berücksichtigen. Mit dieser Bitte kamen die Jaroslauer Bürger nach Lemberg und legten sie unter Anführung ihres Abgeordneten, Grfn. Ladislaus Badeni zu Handen des Bischofs vor. Diese Bitte ist vom Bürgermeister, dem Gemeindeausschuß und von über 360 Bürgern unterzeichnet.

α Die „Gaz. nar." erhielt von den im Genfer Canton lebenden polnischen Emigranten zum Besten der von der Hungersnoth heimgesuchten Einwohner Ostgaliziens ein Bankbillet pr. 100 Frs. mit einer theilnahmsvollen Zuschrift für das arme Land.

α Der „Gaz. nar." wird berichtet, daß die ländliche Bevölkerung in Wisłok, Sanoker Kreis, die in der Aufklärung sehr fortschreitet und sich für den Landtag interessirt, gegenwärtig darüber erfreut ist, daß jede Gemeinde mit dem Hof sich verbinden kann und den Bezirksrath für eine Wohlthat ansieht, und nur über den Umstand ungeduldig ist, daß die Bitte vom 11. Jänner d. J. um Wiederherstellung des Gymnasiums in Krosno noch nicht debattirt worden, weßhalb der dortige Abgeordnete um Beschleunigung dieser Angelegenheit ersucht wird.

α Der Gemeindeausschuß der k. Freistadt Jaworow hat für die von der Hungersnoth bedrohten Einwohner 50 fl. ö. W. eingesandt, wofür ihm von der Centralnothstandscommission der gebührende Dank ausgesprochen wird.

α Die nach Lesznio w zuständige, muthmaßlich sich im Auslande unbefugt aufhaltende Thekla Landesberg wird von dem Brodyer k. k. Bezirksamte zur Rückkehr in ihre Heimath aufgefordert.

α Dem „Holos narodny" zufolge, hat das h. Finanzministerium auf Bemühung des Kolomea'er k. k. Kreisvorstehers die Bewilligung zur Errichtung einer Gewinnstlotterie zum Besten der durch die Hungersnoth bedroheten Einwohner Ostgaliziens ertheilt. Die freiwilligen Beiträge können an das Unterstützungs-Comité in Kolomea eingesandt werden. Alle zu diesem Zwecke erfolgenden Einsendungen sind vom Postporto befreit. Der Verlosungstag wird später bekannt gemacht werden.

α Die „Gaz. nar." brachte unlängst die Nachricht, daß die Einwohner der Stadt Kolomea an den Landtag eine Bitte eingereicht haben, in welcher die Suspendirung des dortigen k. k. Gymnasialdirectors Herrn Bilous gewünscht wird. Das in Kolomea erscheinende Blatt „Holos narodny" erklärt nun, daß die dortigen Bürger von einer solchen Bitte nichts wissen, daß ähnliche Beschwerden höchstens in intriguenfreundlichen Kreisen ihren Ursprung haben und daß sowohl die Stadt als die Umgegend den um die Bildung des Volkes verdienten Mann sehr zu schätzen weiß.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Wie „Pester Lloyd" vernimmt, hat das Ausgleichsverfahren der Pest-Losonczer Eisenbahngesellschaft einen so günstigen Fortgang, daß die gänzliche Austragung dieser Angelegenheit noch Ende dieses Monats mit Zuversicht erwartet wird, und soll demnach der Weiterbau, respective die Vollendung der Strecke Pest-Salgo-Tarjan bis Ende Mai mit Gewißheit erfolgen. Das rapide Steigen der Actien und die starke Nachfrage nach solchen scheinen diese günstigen Aussichten zu bestätigen.

— In Prag ist am 22. d. M. ein Comité zusammengetreten, welches einleitende Schritte zur Gründung einer Bodencredit-Anstalt für Böhmen zu thun gedenkt. Präsident dieses Comité's ist Graf Albert Nostitz.

— Das russische Departement für Handel und Manufacturen gibt bekannt, daß, nachdem laut Verordnung vom 9. Februar v. J. über die Abgaben von Handelsleuten, der Viehhandel aus nicht ständigen Niederlagen der festgesetzten Abgabe nicht unterliegt, die Viehhandelsleute, sobald sie keine stabilen Locale, Läden und andere Niederlagen für den Ortsverkauf des Viehes unterhalten, sich damit befassen können ohne den Consens darüber nachzusuchen.

Breslau, 26. März. Amtliche Preis-Notirungen für einen preußischen Scheffel, d. i. über 14 Garnez, in preußischen Silbergroschen = 5 kr. ö. W. außer Agio: Weißer Weizen 62—81, gelber 60—74. Roggen 50—53. Gerste 37—47. Hafer 26—30, Erbsen 52—64. — Raps (per 150 Pfund Brutto) 260—285, Winterrübsen (per 150 Pfd. Brutto) 240—270. — Sommerrübsen (per 150 Pfund Brutto) 190—215.

Saybusch, 21. März. Die heutigen Marktpreise waren (in österr. W.): Ein Metzen Weizen 4.50 — Roggen 3.—. — Gerste 2.35 — Hafer 1.80 — Erbsen 5.50 — Bohnen 4.95 Hirse 5.— — Buchweizen 5.— — Kukurutz 2.75 — Erdäpfel 1.—. — Eine Klafter hartes Holz 4.50 weiches 3.50 — Futterklee ein Zentner 1.80 — Heu 1.60 — Stroh 1.20.

Rzeszów, 23. März. Auf dem gestrigen Markte stellten sich die Durchschnittspreise folgendermaßen heraus: Ein Metzen Weizen 4.12½ — Korn 2.65 — Gerste 2.05 — Hafer 1.17½ — Hirse —.— — Erbsen 3.75 — Erdäpfel —.90. — Eine Klafter hartes Holz 7.—, weiches 5.15. — Ein Zentner Futter-Klee —.— — Ein Zentner Heu —.— — Stroh —.— fl. österr. Währ.

Lemberg, 23. März. Holländer Ducaten 5.08 Geld, 5.14 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.13 Geld, 5.19 W. — Russischer halber Imperial 8.73 G., 8.87 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.62 G., 1.65 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.33 G., 1.35 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.59 G., 1.63 W. — Gal. Pfandbriefe in österr. W. ohne Coup. 61.44 G., 62.17 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 64.55 G., 65.23 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 62.27 G., 63.02 W. — National-Anlehen ohne Coup. 61.69 G. 62.42 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 153.33 G. 155.50 W.

Krakauer Cours am 26. März. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 124 verl. 121 bez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 83½ verlangt, 81½ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 514 verl., 504 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 133 verl., 130 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 158 verl., 155 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 97½ verl., 96½ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 105½ verl., 104½ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.08 verl. 4.98 bez. — Napoleondors fl. 8.50 verl., fl. 8.35 bez. — Russische Imperials fl. 8.70 verl., fl. 8.55 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst laus. Coup. in ö. W. 64.— verl. 63 — bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 67.— verl., 66.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 65.50 bez. 64.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 158.— verl., 154.— bez.

Neueste Nachrichten.

Dem „Czas" wird aus Lemberg, 26. d. Nachm., telegraphisch gemeldet: In der heutigen Landtagssitzung stellte Graf Heinrich Wodzicki den Dringlichkeits-Antrag, an Se. Maj. den Kaiser eine Deputation betreffs der Berufung eines Hofkanzlers für Galizien abzusenden. Dieser Gegenstand wurde an den Landes-Ausschuß abgeschickt zu Behuf der Berichterstattung morgen in der Abendsitzung. Darauf wurden die Anträge der Commission betreffend die Herabsetzung des Salzpreises um ein Drittel, betreffs der Jura stolae und in Betreff der Heirathen der Reservisten genehmigt.

Die in einem Pariser Telegramm der „N. Fr. P." enthaltene Nachricht der angeblichen Negocirung eines neuen österreichischen Anlehens mit der Pariser und Wiener Bodencreditanstalt ist nach der „G.-C." vollkommen unbegründet. Ebenso unbegründet ist nach der „G.-C." die von einem Wiener Blatte gebrachte Notiz über angebliche Verhandlungen mit der Bodencreditanstalt in Betreff der Einhebung der Verzehrungssteuer an den Linien Wiens, eine Verpachtungsverhandlung der Verzehrungssteuer an den Linien Wiens sei mit Niemandem eingeleitet worden.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 26. auf den 27. März.

Angekommen ist der Herr Gutsbesitzer Felix Romer aus Galizien.

Abgereist sind die Herrn Gutsbesitzer: Eduard Homolacz nach Gnojnik, Joseph Helzel nach Rzędowice, Ladislaus Markowski nach Kiew, Erasmus Niedzielski nach Śledziejowice.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minuten Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 3 Uhr 40 Minuten Abends.

Amtsblatt.

Kundmachung. (325. 1)

Erkenntniß.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen, erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt über Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft, unter gleichzeitiger Bestätigung der von derselben veranlaßten Beschlagnahme der Nummer 10 der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Kladderadatsch" ddo. 4. März 1866, daß der Inhalt dieser Nummer das Verbrechen der Majestätsbeleidigung, strafbar nach § 63 St. G. B. begründe und verbindet damit nach § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen.

Wien am 7. März 1866.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident:
Boschan m. p.

Der k. k. Rathssecretär:
Thallinger m. p.

Z. 4857. **Edict.** (309. 3)

Vom k. k. Landesgerichte in Krakau wird bekannt gemacht, es sei in die Eröffnung eines Concurses über das gesammte bewegliche, und über das in denjenigen Kronländern, für welche die Civil-Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 R. G. Bl. Nr. 251 in Wirksamkeit steht, befindliche unbewegliche Vermögen des Carl Stecher, Instrumentenmachers und Naphtalampen-Verschleißers in Krakau und dessen Ehegattin Emilie Stecher gewilligt worden. Daher wird Jedermann, der an erstgedachten Verschuldeten eine Forderung zu stellen berechtigt zu sein glaubt, erinnert, bis zum 31. Mai 1866 die Anmeldung seiner Forderung in Gestalt einer förmlichen Klage wider den Vertreter dieser Concursmasse bei diesem Gerichte einzureichen, und es sei zum Concursmassavertreter Herr Adv. Dr. Witski, zu seinem Stellvertreter Herr Adv. Dr. Balko und zum einstweiligen Vermögensverwalter Hr. Dr. Witski bestellt worden.

Wer seinen Anspruch an diese Concursmasse binnen obiger Frist nicht anmeldet, oder unterlassen würde, in seiner Klage nicht nur die Richtigkeit seiner Forderung, sondern auch das Recht, kraft dessen er in diese oder jene Classe gesetzt zu werden verlangte, zu erweisen, wird nach Ablauf der Frist nicht mehr angehört, und diejenigen, die ihre Forderung bis dahin nicht angemeldet haben, sollen in Rücksicht des gesammten in obbenannten Ländern befindlichen Vermögens des Eingangs genannten Verschuldeten ohne Ausnahme auch dann abgewiesen sein, wenn ihnen wirklich ein Compensationsrecht gebührt, wenn sie auch ein eigenes Gut von der Masse zu fordern hätten, oder wenn auch ihre Forderung auf ein liegendes Gut des Verschuldeten vorgemerkt wäre, daß also solche Gläubiger, wenn sie etwa in die Masse schuldig sein sollten, die Schuld ungehindert des Compensations-, Eigenthums- oder Pfandrechtes, das ihnen sonst zu Statten gekommen wäre, abzutragen verhalten werden würden.

Endlich wird zur Wahl des definitiven Vermögensverwalters und des Creditorenausschusses die Tagfahrt auf den 6. Juni 1866 um 10 Uhr Vormittags angeordnet, zu welcher sämmtliche angemeldeten Gläubiger vorgeladen werden.

Krakau, den 12. März 1866.

L. 299. **Edykt.** (301. 3)

Ze strony c. k. Krzeszowickiego powiatowego Sądu zawiadamia się masę spadkową nieobjętą Jana Łychowskiego, oraz i N. Wysokowską czyli Łysakowską z życia i miejsca pobytu niewiadomą, niniejszym edyktem, że przeciw nim łącznie z Katarzyną z Kowalików 1 ślubu Fryc 2go Zięba, Andrzejem Zięba i p. Teofilem Górskim z Brodeł, Maryanna z Fryców Ścibór z Brodeł, Wojciech Fryc z Rybny i małoletni Kazimierz i Salomea Radosz w zastępstwie Wojciecha Radosz z Brodeł przez pełnomocnego adwokata krajowego p. Dra. Kańskiego o uznanie własności i oddanie w posiadanie realności włościańskiéj l. kad. 127 w Brodłach wnieśli skargę de praes. 1 lutego 1866 r. l. 299 i prosili o pomoc sądową, względem czego wzywa się strony sporne na audyencyą do rozprawy ustnéj na dzień 5 czerwca 1866 r. o godzinie 10 rano.

Gdy spadkobiercy lub prawonabywcy Jana Łychowskiego, niemniéj życie lub miejsce zamieszkania N. Wysokowskiéj czyli Łysakowskiéj nie są wiadome, przeto c. k. powiatowy Sąd w Krzeszowicach dla zastąpienia masy spadkowéj po Janie Łychowskim p. Franciszka Zelenkę z Prochowni, zaś zastąpienia N. Wysokowskiéj czyli Łysakowskiéj p. Józefa Mulskiego z Poremby Żegoty kuratorami ustanawia na koszt i niebespieczeństwo zastępowanych, z którémi kuratorami wniesiona sprawa prawna według przepisanéj dla Galicyi procedury sądowéj będzie pertraktowana.

Tym edyktem przypomina się wzmiakowanym pozwanym, ażeby w należytym czasie albo sami przybyli, albo potrzebne dokumenta ustanowionym zastępcom udzielili, lub innego rzecznika wybrali i temu Sądowi oznajmili, w ogóle przedsięwzięli służące do obrony przepisane środki prawne, gdyż powstałe z zaniedbania skutki sami sobie przypiszą.

Krzeszowice, 28 lutego 1866.

L. 914. **Edykt.** (310. 3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu zawiadamia niniejszym edyktem, iż pp. Teodor i Marya z Traczewskich Wittigowie łącznie z p. Ludwiką a właściwie Antoniną Anielą z Wittigów Zarembiną przeciw p. Stefanowi czyli Szczepanowi Skrzyńskiemu i jego domniemanym spadkobiercom z życia i pobytu niewiadomym, względem ekstabulacyi z dóbr Chełmca z przyległościami sumy 52000 złp. pozew wnieśli sub praes. 8 lutego 1866 l. 914, i że w załatwieniu tegóż pozwu termin do ustnéj rozprawy na dzień 16 maja 1866 godz. 10 rano, wyznaczonym został.

Gdy miejsce pobytu p. Stefana czyli Szczepana Skrzyńskiego i jego domniemanych spadkobierców nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd obwodowy w celu zastępowania pozwanych na ich koszt i niebespieczeństwo tutejszego adwokata p. Dra. Micewskiego, dodając mu jako zastępcę p. adw. Dra. Zielińskiego kuratorem nieobecnych ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu zawiadomili w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyli, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sami sobie przypisaćby musieli

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, dnia 14 lutego 1866.

Z. 231. **Kundmachung** (326. 1-3)

über die Verpachtung der staatsherrschaftlichen Niepołomice'r Propination in der II. und III. Section.

Das k. k. Cameral-Wirthschaftsamt des Staatsgutes Niepołomice gibt bekannt, daß die Pachtung des ausschließlichen Bier-, Branntwein- und Metherzeugungs- und Ausschankrechtes, dann des nicht ausschließlichen Weinausschankrechtes und der Befugniß zum Ausschanke versüßter geistiger Getränke der Staats-Domaine Niepołomice in der II. und III. Section, das ist in den Ortschaften Swiniarów, Grobla, Trawniki, Drwinia, Wola drwińska mit Zielona und Wyżyce als II. Section mit einer Bevölkerung von circa 3200 Seelen und in den Ortschaften: Mikluszowice, Dziewin, Gawłówek und Baczków als III. Section mit einer Bevölkerung von circa 2600 Seelen auf die fünf halbjährige Dauer vom 1. Juli 1866 bis Ende Dezember 1870 in concreto Sections- oder ortschaftsweise im Wege schriftlicher Offerten hintangegeben wird.

Zu dieser Pachtung gehören die vorhandenen Wirths- und Schankhäuser und die sogenannten Wirthshausgründe nämlich 30 Joch 1447 Qu.-Kl. Aecker und 2 Joch 755 Qu.-Kl. Wiesen.

Der jährliche Pachtzins ist für die Concretal-Pachtung auf 2500 fl. in öst. W. festgesetzt, für die einzelnen Sectionen, nämlich für die 2. Section auf . 1410 fl. ö. W.
die 3. Section auf . 1090 fl. „
und für die einzelnen Ortschaften nämlich:

1. Swiniarów mit dem Wirthshause und Grundstücke auf . . . . . 540 fl.
2. Grobla dto. dto. . . . 400 fl.
3. Trawniki ohne dem Wirthshause und ohne Grundstücken . . . . . 60 fl.
4. Drwinia dto. dto. . . . 170 fl.
5. Wola drwińska dto. dto. . . . 105 fl.
6. Wyżyce dto. dto . . . 135 fl.
7. Mikluszowice mit dem Wirthshause und Grundstücken . . . . 380 fl.
8. Dziewin dto. dto. . . . 400 fl.
9. Gawłówek ohne Wirthshaus und ohne Grundstücken . . . . . . 185 fl.
10. Baczków dto. dto. . . . 125 fl.

Die wesentlichsten Pachtbedingnisse sind:

a) Zur Pachtung wird Jedermann zugelassen, der nach den Gesetzen und der Landesverfassung zu derlei Geschäften geeignet ist, ausgeschlossen sind Aerarial-Rückständler, bekannte Zahlungsunfähige, dann jene, welche wegen eines Verbrechens aus Gewinnsucht in Untersuchung gestanden, und entweder verurtheilt, oder aus Mangel an Beweisen losgesprochen worden sind, endlich Minderjährige und überhaupt jene, welche gesetzlich keine giltigen Verträge schließen können.

b) Der Pachtersteher ist verbunden eine Caution zu legen, und zwar wenn sie in Baaren, oder in öffentlichen Obligationen, oder in Pfandbriefen der galizisch-ständischen Credit-Anstalt geleistet wird, je nach dem börsenmäßigen Course zur Zeit der Cautionserlegung ermittelten Betrage von einem Drittheile, wenn sie aber hypothekarisch sichergestellt wird, im Betrage der Hälfte des einjährigen Pachtzinses.

c) Wenn zwei oder mehrere in Gesellschaft machen, was jedoch nur bei der Concretal-Pachtung zugelassen wird, so haftet Einer für den Anderen, respective Alle für Einen und Einer für Alle für die Vertrags-Erfüllung.

Die näheren Pachtbedingungen liegen vom 1. April l. J. angefangen im Expedite des k. k. Cameral-Wirthschaftsamtes zu Niepołomice für Pachtlustige zur Einsicht bereit und können während der Kanzleistunden eingesehen werden. Jeder Offerent ist gehalten auf denselben die Bestätigung beizusetzen, daß er sie gelesen und wohl verstanden habe.

Die Offerenten müssen mit dem vorgeschriebenen Vadium von 10% des Ausrufspreises für jenes Pachtobject, auf welches ein Anbot gemacht wird, versehen, oder mit der amtlichen Quittung über den bei einer Aerarial-Cassa stattgefundenen Erlag desselben belegt sein.

Die genaue Bezeichnung des Pachtobjectes, worauf geboten wird und das bestimmte Anbot nicht nur mit Ziffern, sondern auch mit Buchstaben ausgedrückt enthalten, und es darf darin keine Clausel vorkommen, welche mit den Bestimmungen der Pachtbedingnisse nicht im Einklange wäre, vielmehr muß darin die ausdrückliche Erklärung, daß der Offerent die Pachtbedingnisse kenne und sich denselben unbedingt unterziehe, dann die Angabe des Charakters und Wohnortes des Offerenten enthalten, und von demselben mit seinem Vor- und Familiennamen unterfertigt, oder wenn er des Schreibens unkundig ist, von zwei Zeugen, deren einer sich als Namensfertiger des Offerenten zu bezeichnen hat, mitgefertigt sein.

Die Offerten, welche übrigens mit Stempelmarken pr. 50 kr. ö. W. versehen, versiegelt sein, und von außen die Bezeichnung enthalten müssen, auf welches Object sie gestellt sind, sind längstens bis 12. April l. J. 10 Uhr Vormittags, um welche Stunde die Offert-Verhandlung bei dem k. k. Cameral-Wirthschaftsamte zu Niepołomice stattfindet, an dieses Amt portofrei einzusenden, respective zu überreichen.

Später einlangende Offerten finden keine Berücksichtigung.

K. k. Cameral-Wirthschaftsamt.

Niepołomice, am 20. März 1866.

N. 4077. **Kundmachung.** (320. 3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte Oświęcim wird bekannt gegeben, daß der am 12. Mai 1865 Nr. 1336 über das sämmtliche Vermögen des Moses Samuel Broner aus Dwory eröffneten Concurs am heutigen Tage aufgehoben und für beendet erklärt wurde.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Oświęcim den 14. März 1866.

N. 24. **Concurs.** (316. 3)

Für den Bereich der galizischen Postdirection ist eine Postofficialsstelle letzter Classe mit dem Gehalte jährlicher 600 fl. und der Caution im gleichen Betrage zu besetzen.

Die Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre gehörig instruirten Gesuche im vorgeschriebenen Wege binnen vier Wochen bei der k. k. Postdirection in Lemberg zu überreichen. Lemberg, am 17. März 1866.

Kundmachung. (327. 1-3)

Die Herren Gläubiger des Rosoglio-Fabrikanten A. Tobias in Milówka, Kronland Galizien, über dessen Vermögen mit dem Beschlusse des hochlöblichen k. k. Landesgerichtes Krakau vom 11. Dezember 1865 Z. 23209 das Ausgleichsverfahren eingeleitet wurde, werden gemäß § 23 des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 S. 97. R. G. B. hiemit aufgefordert, ihre aus was immer für einem Rechtsgrunde herrührenden Forderungen, in so ferne sie es noch nicht gethan haben, bis zum 30. April 1866 bei dem gefertigten Gerichts-Commissär sogewiß schriftlich anzumelden, widrigens sie im Falle ein Ausgleich zu Stande kommen sollte, von der Befriedigung aus allem der Ausgleichs-Verhandlung unterliegenden Vermögen, insoferne ihre Forderungen nicht mit einem Pfandrechte bedeckt sind, ausgeschlossen werden und den in den §§ 35, 36, 38 und 39 des obcitirten Gesetzes bezeichneten Folgen unterliegen würden.

Saybusch, am 20. März 1866.

Der k. k. Notar als Gerichts-Commissär
Dr. **Necki.**

Z. 1173. **Edict.** (315. 3)

Vom k. k. Bezirksgerichte Biala wir hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der mit h. g. Edicte vom 29. October 1865 Z. 6300 über das Vermögen des Johann Fröhlich, Tuchmachers sub Nr. 323 in Biala eröffnete Concurs über Einverständniß der Gläubiger aufgehoben wurde. K. k. Bezirksamt als Gericht.

Biala, am 7. März 1866.

Nr. 1065. **Kundmachung.** (313. 3)

Bei der k. k. Berg- und Salinen-Direction in Wieliczka wird am 27. April d. J. die Concurrenz-Verhandlung wegen Sicherstellung des Bedarfs der Wieliczkaer Saline an Salz-Fässern und der Fässer-Reparatur, dann des hiezu erforderlichen Materials für den Zeitraum vom 1. Jänner 1867 bis Ende Dezember 1869 abgehalten werden.

Der beiläufige jährliche Bedarf beträgt:
an ganzen Fässern . . . . 20.000 Stück
an halben „ . . . . 50.000 „
dann an zugerichtetem Faßmaterial:

1. zu ganzen Fässern:
160 Schock Taufeln,
120 „ fertige Böden,
800 „ Reifen,
800 „ Sperrstücke;

2. zu halben Fässern:
350 Schock Taufeln,
250 „ fertige Böden,
1600 „ Reifen,
2000 „ Sperrstücke.

Diejenigen, welche diese Lieferung zu unternehmen wünschen, haben ihre mit dem Reugelde von 3.890 fl. ö. W. vollzählig zu belegenden schriftlichen Offerte, worin die Preise und die Geldsorten wörtlich auszudrücken sind, und darin auch auf das Mustermaß Bezug genommen werden muß, bis 12 Uhr Mittags des genannten Tages bei dem Vorstande der Berg- und Salinen-Direction wohl versiegelt zu überreichen.

Die näheren Bedingnisse dieser Lieferung so wie das Musterfaß können in der Directions-Kanzlei eingesehen werden. Nachträglichen Anboten wird keine Folge gegeben, ebenso werden mangelhaft ausgefertigte mit dem vollen Vadium nicht belegte Offerte keine Berücksichtigung finden.

Von der k. k. Berg- und Salinen-Direction.

Wieliczka, am 20. März 1866.

L. 309. **Edykt.** (288. 3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Wadowicach rozpisuje niniejszém wskutek odezwy c. k. Sądu powiatowego w Myślenicach z dnia 30 grudnia 1865 r. do l. 2682 civ. celem zaspokojenia pretensyi Józefy Okarmus w ilości 67 złr. 72½ kr. w. a. z przyn. egzekucyjną sprzedaż w drodze publicznéj licytacyi czwartéj części realności pod l. k. 434 st. 221 n. w Wadowicach położonéj, hipoteki niemającéj, do masy spadkowéj Jakuba Norka z Zawady należącéj, według sądowego aktu detaksacyi na 125 złr. w. a. oszacowanéj, na terminach 19 kwietnia, 24 maja i 21 czerwca 1866 r., każdego razu o godzinie 9 zrana w tutejszym Sądzie odbyć się mającą. Cenę wywoławczą stanowić będzie powyższa cena szacunkowa, poniżéj któréj to ceny szacunkowéj ta czwarta część rzeczonéj realności przy dwóch pierwszych terminach sprzedaną nie będzie. Każdy mający chęć kupienia obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacyi wadyum w ilości trzydzieści i siedem złr. 50 kr. w. a. w gotówce lub téż w papierach publicznych austryackich do rąk komisyi licytacyjnéj złożyć.

Warunki licytacyjne i akt oszacowania powyższéj czwartéj części realności mogą być każdego czasu w godzinach urzędowych w tutejszo-sądowéj registraturze przejrzane lub w odpisie podjęte.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Wadowice, dnia 2 marca 1866.

L. 3668. **Edykt.** (286. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Mielcu podaje do publicznéj wiadomości, iż wskutek rekwizyci c. k. Sądu obwodowego Tarnowskiego z dnia 19 listopada 1863 l. 16423 na zaspokojenie należytości Mojżesza Majera Hermele w kwocie 600 złr., na którą to kwotę takowy pierwiastkową swoją pretensyą 1500 złr. w. a. z przyn. stósownie do ugody w tutejszym Sądzie d. 20 maja 1864 do l. 1284 zawartéj zmodyfikował, publiczna sprzedaż ⅓ części realności pod nr. 130 w Mielcu położonéj, dłużnika Feiwla Schönwalda własnością będącéj, na 928 złr. 16 kr. w. a. oszacowanéj, a korpusu tabularnego niestanowiącéj, w dwóch terminach, na dniu 11 kwietnia 1866 i dniu 25 kwietnia 1866, każdą razą o godzinie 10 rano odbędzie się, a to pod następującemi warunkami:

1. Za cenę wywołania stanowi się wartość szacunkowa sądownie wyprowadzona 928 złr. 16 kr. w. a., niżéj któréj wspomniona realność ani w pierwszym ani w drugim terminie sprzedaną nie będzie.
2. Każdy chęć kupienia mający obowiązany jest przed rozpoczęciem licytacyi złożyć 10/100 wartości szacunkowéj w okrągłéj sumie 93 złr. w gotówce jako zakład na ręce komisyi licytacyjnéj.
3. Kupujący obowiązany jest w przeciągu 30 dni po otrzymaniu rezolucyi akt licytacyi zatwierdzającéj złożyć całą cenę kupna za wliczeniem złożonego zakładu do tutejszego depozytu sądowego.

Resztę warunków tudzież akt oszacowania każdy w tutejszéj registraturze pzzejrzeć może.

Na sprzedaż tę publiczną wszystkich chęć kupienia mających niniejszém zaprasza się z tym dodatkiem, iż takową c. k. notaryusz p. Dr. Bartosiński przeprowadzi.

Mielec, 6 grudnia 1865.

Z. 3569 ex 1865. **Edict.** (321. 2-3)

Ueber die Eingabe des Schaja Glasner, Maierhofspächters von Biesiadki de praes. 14. Dezember 1865 Z. 3569 wird dem Inhaber der dem Schaja Glasner in Verlust gerathenen, vom k. k. Domänen-Amte in Uszew unterm 18. Mai 1857 Journ.-Art. 234 über 20 fl. ö. W. und unterm 26. Juni 1857 Journ.-Art. 251 über 35 fl. ö. W. ausgestellten Depositenscheine aufgetragen, solche binnen einer Frist von Einem Jahre hiergerichts vorzubringen, als sonst diese Depositenscheine als unwirksam erklärt werden würden.

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte.

Brzésko, am 21. Februar 1866.

L. 4186. **Ogłoszenie.** (323. 1-3)

C. k. Sąd powiatowy Bocheński ogłasza niniejszém, iż na żądanie Michała Mrozińskiego celem zaspokojenia należytości tegóż 434 złr. 25 c. z przyn. wyrokami równobrzmiącemi tego c. k. Sądu z 31 grudnia 1863 do l. 4808 i c. k. Sądu najwyższego w Wiedniu z 18 października 1864 do l. 8038 od p. Agnieszki Kryńskiéj temuż przyznanéj, przedsięwziętą zostanie przymusowa sprzedaż w drodze publicznéj licytacyi połowy realności w Bochni pod nr. 456/242 położonéj, p. Agnieszki Kryńskiéj własnéj, na sumę 1456 złr. 50 c. a. w. sądownie oszacowanéj w trzech terminach, mianowicie 19 kwietnia, 17 maja i 15 czerwca b. r., zawsze o godzinie 10 przed południem w zabudowaniu tutejszego Sądu powiatowego.

Główne warunki licytacyjne są następujące:

a) Cenę wywołania stanowić będzie cena szacunkowa aktem oszacowania z dnia 18 listopada 1864 r. w wysokości 1456 złr. 50 ct. a. w. uzyskana niżéj któréj połowa realności téj w pierwszych dwóch terminach sprzedaną nie będzie, w trzecim terminie zaś nawet niżéj ceny szacunkowéj więcéj dającemu sprzedaną zostanie.

b) Chęć kupienia mający obowiązanym będzie złożyć do rąk Sądu wadyum w kwocie 72 złr. 83 c. w. a. w gotówce, lub w listach zastawnych galic. Towarzystwa kredytowego, lub téż w obligacyach publicznych państwa według kursu w gazecie urzędowéj umieszczonego policzyć się mających, bez którego wadyum do licytacyi dopuszczonym nie zostanie.

Dalsze warunki licytacyi wolno jest w registraturze tego Sądu przejrzeć, lub w odpisie podnieść.

O czém się ogłoszenie z tém dołożeniem czyni, że wierzycielom tabularnym, którymby niniejsza uchwała z jakiegokolwiekbądź powodu doręczoną być nie mogła, lub któreby do hipoteki dopiéro po dniu dzisiejszym weszli, kurator ad actum w osobie p. Dra. Reinesa, adwokata krajowego w Bochni ustanowionym został.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Bochnia, 10 stycznia 1866.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barometerhöhe auf Paris. Linie 0° Reaum. red.	nach Reaumur Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe des Tages von	bis
26	2	329''' 65	+ 8°6	64	Nord schwach	trüb	Regen	+2°6	+ 9°0
	10	31 56	4,2	90	N.-O.-W.-Ost schwach	„			
27	6	31 62	3,0	82	W.-Süd-West „	„			

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**